

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion „Konzept zur Auflösung und Abwicklung der LASA“, DS 5/3842

Landtag möge beschließen:

Arbeitspolitik „Made in Brandenburg“ zukunftsfähig gestalten

Die Landesregierung wird aufgefordert, die erfolgreich praktizierte Arbeitspolitik in Brandenburg entsprechend der sich bereits abzeichnenden zukünftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt fortzuschreiben. Hierbei kann einerseits auf bewährte Instrumente und Strukturen zurückgegriffen werden. Auf der anderen Seite sind veränderte Problemlagen zu beachten. Insbesondere sollen

- die Unterstützung der Unternehmen bei der Fachkräftesicherung und
- die Förderung von Langzeitarbeitslosen

als zentrale Elemente einer weiterhin wirtschaftsnah und sozial ausgerichteten Arbeitspolitik bei der Fortschreibung berücksichtigt werden. Dabei sind die noch in der Planungsphase befindlichen Rahmenbedingungen der nächsten EU-Förderperiode 2014-2020 zu beachten.

Hinsichtlich der seitens der Landesregierung bestehenden Überlegungen zur Neuorganisation der bisher von der Landesagentur für Struktur und Arbeit (LASA) wahrgenommenen Aufgaben ab der nächsten EU-Förderperiode hat eine wirkungsvolle Unterstützung der Zielerreichung der Arbeitspolitik Priorität.

Die Landesregierung wird gebeten, über die Fortschreibung und die Neuorganisation der Umsetzung der Arbeitspolitik regelmäßig den zuständigen Ausschuss des Landtages zu unterrichten.

Begründung:

Nach 20 Jahren steht Brandenburg in der Arbeitspolitik vor Veränderungen, die eine Weiterentwicklung bisheriger Ansätze erforderlich machen. Gab es bislang stets mehr Arbeitssuchende als freie Arbeitsplätze, ist heute vielerorts schon der Arbeitskräfte – und vor allem der Fachkräftebedarf kaum zu decken. Die demografische Entwicklung verschärft die Situation – bis 2030 wird für Brandenburg ein Rückgang des Erwerbstätigenpotenzials von 30 Prozent prognostiziert.

Gleichwohl bleibt der Arbeitsmarkt gespalten: Obwohl viele Branchen dringend Fachkräfte suchen, besteht weiterhin Langzeitarbeitslosigkeit; insbesondere von schwerbehinderten Menschen und älteren Menschen, Migrantinnen und Migranten, Alleinerziehenden und Geringqualifizierten. Auf diese Herausforderungen muss die Arbeitspolitik Brandenburgs Antworten geben. Gefragt sind langfristige Strategien, die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung unterstützen, für notwendige Qualifikationen sorgen und Perspektiven für Beschäftigung und Existenzsicherung geben.

Durch die voraussichtlichen Vorgaben der nächsten EU-Förderperiode sowie das Erfordernis einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung ist die Prüfung bestehender und die Schaffung angepasster Verwaltungsstrukturen eine notwendige Folge. Insofern macht eine mögliche Bündelung des bisher bei der LASA wahrgenommenen Fördermittelmanagements an einer Stelle auch aus Gründen der Verwaltungsmodernisierung Sinn. Gleiches gilt für den arbeitspolitischen Beratungsbereich der LASA. Diese Organisationsänderungen müssen sich am Leitbild einer wirtschaftsnahen und sozialen Arbeitspolitik orientieren. Dieser Maßstab gilt nicht zuletzt auch für die 140 Beschäftigten der LASA, denen verlässliche Perspektiven für ihre weitere persönliche Zukunft aufzuzeigen sind.

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion DIE LINKE

Ralf Holzschuher
Fraktionsvorsitzender

Kerstin Kaiser
Fraktionsvorsitzende